

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1918

57 (8.3.1918)

Mittelbadischer Kurier

Sttlinger Tagblatt mit Amtlichem Verkündigungsblatt und Illustriertem Unterhaltungsblatt

Bezugspreis: In Sttlingen und durch die Agenturen frei ins Haus monatlich 1 Mark. Im Postbezug vierteljährlich 3.27 Mark. Einzelnummern und Belege 10 Pfennig.

Druck und Verlag: Buch- & Steindruckerei A. Barth, Sttlingen Kronenstraße 26 • Fernsprecher Nr. 78

Anzeigen: Die kleine Zeile oder deren Raum 15 Pfennig. Die Reklamezeile 50 Pfennig. Rabatt nach Tarif; bei zwangswieser Beibehaltung fällt der Rabatt weg. 10% Kriegszuschlag.

Der deutsche Tagesbericht.

(Telegramm)

WTB. Großes Hauptquartier, 8. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei Durchführung erfolgreicher Erkundungen wurden südlich von Merkhem 30 Belgier, nordöstlich von Festubert 23 Engländer gefangen genommen. Der Artillerie- und Minenwerferkampf lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf.

Heeresgruppe des Deutschen Kronprinzen.

Sturmabteilungen brachten von einem Vorstoß östlich von La Neuville (südlich von Berry au Bac) eine Anzahl gefangener Franzosen zurück. Im übrigen blieb die Gefechtsaktivität auf Störungsfeuer beschränkt, das sich auf dem nordwestlichen Maasufer vorübergehend steigerte.

Heeresgruppe Herzog Albrecht von Württemberg.

An der lothringischen Grenze entwickelte die französische Artillerie zwischen Se. le und Blaine rege Tätigkeit.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deutsche Luftangriffe auf Nancy.

Berlin, 7. März. (WTB.) Pariser Blätter berichten, daß in der Nacht vom 26. zum 27. Februar zwischen 11 Uhr und Mitternacht deutsche Flugzeuge mehrere Luftangriffe auf Nancy unternahmen, wodurch in der Stadt und ihrer Umgebung beträchtlicher Schaden angerichtet wurde. Ungefähr sieben Personen wurden getötet. In der Stadt entstanden mehrere Brände. An mehreren Stellen sind Häuser eingestürzt und ungeheure Trichter aufgeworfen. Dem „Journal“ zufolge sind beinahe alle Stadtviertel schwer betroffen.

Friedensschlüsse.

Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland.

Berlin, 7. März. (WTB.) Heute mittag ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland ebenso ein Handels- und Schiffsahrtsabkommen, sowie ein Zusatzprotokoll zu beiden Verträgen unterzeichnet worden.

Im Artikel 1 wird erklärt, daß zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand besteht und daß die vertragsschließenden Teile entschlossen sind, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Deutschland wird dafür eintreten, daß die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands von allen Mächten anerkannt wird. Dagegen wird Finnland seinen Teil seines Besitztandes an eine fremde Macht abtreten, noch wird es einer solchen Macht eine Dienstbarkeit an sein Hoheitsgebiet einräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben.

Die folgenden Artikel betreffen die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, sowie nach Bestätigung des Friedensvertrages gegenseitigen Verzicht auf den Ersatz der Kriegskosten und der Kriegsschiffe, Wiederherstellung der Staatsverträge und der Privatrechte, den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten und den Ersatz für Zivilschäden.

Was die Staatsverträge anbelangt, so sollen die außer Kraft getretenen Verträge zwischen Deutschland und Rußland durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Anschauungen und Verhältnissen entsprechen. Insbesondere soll alsbald über einen Handels- und Schiffsahrtsvertrag unterhandelt werden. Einstweilen werden die Verkehrsbedingungen zwischen den beiden Ländern durch ein Handels- und Schiffsahrtsabkommen geregelt. Bezüglich der Privatrechte treten alle Kriegsgeetze bei der Bestätigung dieses Vertrages außer Kraft. Die Schuldenverhältnisse werde wieder hergestellt. Die Bezahlung von Verbindlichkeiten, insbesondere der öffentlichen Schulden, wird wieder aufgenommen. Zur Feststellung der Zivilschäden soll in Berlin eine Kommission zusammengetreten, die zu je einem Drittel aus Vertretern der beiden Teile und neutralen Mitgliedern gebildet wird. Um die Bezeichnung der neutralen Mitglieder, darunter des Vorsitzenden, soll der Präsident des schweizerischen Bundesrates gebeten werden. Die Kriegsgefangenen Finländer in Deutschland und die

Kriegsgefangenen Deutschen in Finnland sollen tunlichst bald ausgeliefert, die beiderseitigen verschidten oder internierten Zivilangehörigen heimbeordert werden. Es folgen Bestimmungen über eine Amnestie, über die Zurückgabe oder den Ersatz von Rauffahrtsschiffen usw.

Zur Regelung der Alandsfrage wird bestimmt, daß die auf den Inseln angelegten Befestigungen sobald als möglich entfernt und die dauernde Nichtbefestigung dieser Insel durch ein besonderes Abkommen geregelt werden soll.

Die Bestätigungsurkunden sollen tunlichst bald in Berlin ausgetauscht werden. Zur Ergänzung des Vertrages werden binnen 4 Monaten nach der Bestätigung Vertreter der vertragsschließenden Teile in Berlin zusammentreten.

Zum Vorfrieden mit Rumänien

läßt sich das „N. Tgbl.“ aus Berlin drahten:

Die deutschen Interessen bei den Friedensverhandlungen in Rumänien gehen in erster Linie auf eine Beteiligung an der rumänischen Petroleumindustrie hinaus und dabei auch auf einen mehrjährigen Abschluß über den Export des Ueberflusses der rumänischen Getreideernte. Eine bare Kriegsschadigung dürfte von Rumänien nicht verlangt werden, dagegen dürften die von den deutschen Okkupationsbehörden unternommenen Requisitionen jetzt zur Aufrechnung kommen, so daß eine Bezahlung von unserer Seite für die bisher erlangten Waren nicht mehr in Frage kommen würde. Der Wert der von uns erfassten Requisitionen dürfte sich auf den Betrag von etwa einer Milliarde Mark belaufen.

Amsterdam, 7. März. Zu dem Friedensschlusse mit Rumänien macht der „Rotterdamse Courant“ folgende Bemerkungen: Der Friedensvertrag ist für einen geschlagenen und machtlosen Staat sehr günstig. Wenn Rumänien anstatt gegen, für seine Bundesgenossen Partei ergriffen hätte, hätte es vermutlich einen billigeren Frieden haben können. Es ist aber ein Sarkasmus der Geschichte, daß Rumänien jetzt zum Schluß von seinen Bundesgenossen, die es verraten hat, entschädigt wird auf Kosten des Reiches, dem es sich gegen seine Bundesgenossen angeschlossen hat. (N. Tgbl.)

Das russische Parlament und der Friedensschluß.

„Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Dem am 12. März nach Moskau einberufenen außerordent-

Wem nie durch Liebe Leid geschah.

Roman von S. Courths-Mahler.

15) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Das hoffe ich auch. Und ich hoffe auch, daß du dir bald eine liebe, vernünftige Frau an die Seite stellen wirst, die teilnehmen wird an deinem Schaffen.“

Er sah sie ein wenig unbehaglich an.

„Muß dies Thema gleich erörtert werden, Mama?“

„Ja, Hans Ulrich, je eher, je besser. Sieh mein Sohn, du bist 35 Jahre alt, ich meine, da ist es hohe Zeit für dich, eine Wahl zu treffen. Und wie ich dir schrieb, habe ich mich auch schon umgesehen nach einer passenden Frau für dich. Eine große Auswahl bleibt dir ja nicht.“

„Da hast du recht, Mama. Und du schreibst mir, daß du eine bestimmte junge Dame aus der Nachbarschaft ins Auge gefaßt hast. Willst du mir sagen, welche junge Dame du meinst?“

Das Thema lag ihr sehr am Herzen. „Ich will es dir sagen. Meiner Ansicht nach würde Baroneß Hahnbach in jeder Beziehung vorzüglich zur Herrin von Frankennau passen.“

Hans Ulrich sah vor sich hin.

„Du meinst, liebe Mama, daß die Verhältnisse am besten passen würden?“

„Gewiß auch die Verhältnisse, das brauche ich nicht erst zu erläutern. Aber auch die Persönlichkeit der jungen Dame ist in jeder Beziehung als zu der deinen passend zu betrachten. Sie ist ein sehr sanfter,

anschmiegender Charakter und wird sich gern meinem etwas ungestümen und herrischen Sohn fügen.“

„Ist das so sicher, Mama?“

Frau von Frankennau nickte energisch.

„Ganz sicher. Ich kenne sie und kenne dich. Ihr ergänzt einander ganz vorzüglich.“

„Aber zuweilen wissen die Mütter bei aller Liebe doch nicht, was für Frauen für ihre Söhne passen.“

„Ich glaube doch, daß ich gut gewählt habe, mein Sohn. Baroneß Karla ist eine reizende, gesunde und liebenswürdige junge Dame.“

„Das mag alles sein, Mama. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß wir mit einander sympathisieren. Und du wirst doch nicht wollen, daß ich mich mit einer Frau verheirate, die mir unsympathisch ist.“

Die alte Dame schüttelte den Kopf.

„Ganz gewiß nicht, Hans Ulrich. Ich habe dir ja auch nur die Wege ebnen und dich auf die junge Dame aufmerksam machen wollen. Du sollst natürlich erst selbst näher mit ihr bekannt werden. Ihr seid euch ja früher immer flüchtig begegnet. Du mußt sie dir jetzt mit anderen Augen ansehen.“

„Das will ich tun, Mama. Und wenn mir Baroneß Hahnbach sympathisch ist, dann will ich gern deinen Wunsch erfüllen. Ich werde in nächster Zeit so oft als möglich Gelegenheit nehmen, ihr zu begegnen.“

Dabei dachte Hans Ulrich aber sehr intensiv an eine andere junge Dame, der er bei dieser Gelegenheit zu begegnen hoffte.

„Es soll mich freuen, Hans Ulrich, und ich hoffe, du findest Gefallen an ihr.“

Hans Ulrich küßte seiner Mutter die Hand und sah sie bittend an.

„Aber nicht wahr, Mama, wenn mein Empfin-

den sich energisch wehrt gegen eine Verbindung mit der jungen Dame, dann drängst du mich nicht. Ich verspreche dir hiemit ganz feierlich, daß ich ganz ernsthaft an die Verwirklichung deiner Wünsche denken werde und mich so bald als möglich verheiraten will. Bist du damit zufrieden?“

„Ja doch, Hans Ulrich. Nur vergiß eins nicht in Erwägung zu ziehen — daß Baroneß Karla die Erbin von Birkenheim sein wird, und daß sie schon deshalb vorzüglich zur Herrin von Frankennau passen würde.“

„Ich will es nicht vergessen, Mama. Glaubst du denn aber so fest daran, daß Baroneß Hahnbach die Erbin von Birkenheim sein wird? Weißt du, ob ihr Dheim zu ihren Gunsten testieren wird?“

„Ganz sicher — vorausgesetzt, daß Herr von Birkenheim nicht vor Karlas Mutter stirbt, so daß diese ihren Vetter erst beerbt. Aber dann ist eben Karla die Erbin ihrer Mutter.“

„Könnte aber Herr von Birkenheim nicht einen anderen Erben einsetzen?“

Frau von Frankennau schüttelte den Kopf.

„Nein, nein, er denkt nicht daran. Andere Erben kommen nicht in Betracht.“

„Es existiert aber doch noch eine andere Rusine von ihm.“

Die alte Dame sah jinnend vor sich hin.

„Allerdings — er besaß noch eine Rusine. Aber mit dieser ist er völlig entzweit. Wer weiß auch, ob sie noch am Leben ist. Sie hat nie wieder von sich hören lassen, seit sie damals — das ist ja länger als zwanzig Jahre her — nach dem Ausland ging. Maria von Birkenheim war ja sogar mit ihrem Vetter verlobt — das dauerte freilich nur wenige Wochen.“

lichen Kongress der russischen Sowjets ist als einziger Punkt der Tagesordnung der Antrag des Rates der Volksbeauftragten zugegangen auf Anerkennung des Friedens mit den Mittelmächten. (g. R.)

Im fernen Osten.

Japan und Rußland.

Berlin, 7. März. Obwohl die Beratungen innerhalb der Entente über das Eingreifen Japans in Russisch-Asien weiter gehen, gewinnt man doch den Eindruck, daß die nordamerikanische Bundesregierung alles tun wird, um ein selbständiges, weitgehendes Eingreifen Japans zu verhindern. England verfolgt zweifellos die Absicht, Japan in einen dauernden Konflikt mit Rußland zu bringen, um seinen gelben Verbündeten zu isolieren; Frankreich hofft durch weitgehendes Entgegenkommen gegenüber Japan das Land des Mikado zu einem Eingreifen auf den europäischen Kriegsschauplätzen zu veranlassen. In Washington ist man sich darüber klar, daß ein Vorgehen Japans in Sibirien sehr leicht die ganze ostasiatische Frage zum Aufrollen bringen könnte, und das will Wilson jetzt vermeiden. Er fürchtet anscheinend auch, daß, wenn Amerika gemeinsam mit Japan in Sibirien vorgeht, oder sich mit dem japanischen Vorgehen einverstanden erklärt und so indirekt dazu beiträgt, daß Japan sich russisches Gebiet aneignet, diese Unterstützung des japanischen Vorgehens ungünstige Rückwirkungen auf die künftigen Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten zu Rußland haben könnte.

Bei uns vertritt man in unterrichteten Kreisen die Anschauung, daß Japan sich darauf beschränken werde, das Japanische Meer zu einem geschlossenen Meer zu machen. Das wäre ein Vorgehen, für das man hier Verständnis haben würde, ein Vorgehen, das auch die künftigen russisch-japanischen Beziehungen kaum nachhaltig beeinträchtigen würde. Im übrigen können wir mit der Unruhe, die Japan durch sein Vorgehen hervorgerufen, durchaus zufrieden sein. Die Entente wird dadurch an der Peripherie des Weltkrieges von neuem stark beschäftigt, und dies in einem Augenblicke, wo sie ihre ganze Aufmerksamkeit auf den belgisch-französischen Kriegsschauplatz richten muß. Schon ereifert sich der „Matin“ gegen die Aufrollung der Ostasienfrage durch Japan, da ihre unmittelbare Folge für die Alliierten nur die Entziehung großer amerikanischer Machtmittel von Europa sei. Aber auch noch von einem anderen Gesichtspunkte aus können wir die Entwicklung der Dinge in Ostasien mit Ruhe abwarten. Geht Japan allzu habgierig gegen Rußland vor, so dürfte dieses Vorgehen, das ja im Einverständnis mit England und Frankreich erfolgen würde, den Riß zwischen Rußland und der Entente erweitern und die Beziehungen zwischen uns und Rußland verbessern, wer immer auch die Machthaber in Rußland sein mögen. Aber es kann auch mit der anderen Möglichkeit gerechnet werden, daß Japan sich bescheidet und sich in dem Wunsche, an dem politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands mitzuwirken, mit Deutschland auf halbem Wege begegnet. Mancherlei Anzeichen sprechen dafür, daß die neueste Entwicklung in Ostasien, deren Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, dazu beitragen wird, jene neue Konstellation der Weltmächte einzuleiten, die dem Sinne dieses Krieges entspricht.

Ein neutrales Urteil über das neue Japan.

Amsterdam, 8. März. (W.B.) „Amsterdam Handelsblad“ schreibt zu den Meldungen über das Vorgehen Japans in Sibirien: „Alles Hin- und Hergerede dient nur dazu, um so schonend wie möglich auszusprechen, daß man in den Vereinigten Staaten die weitere Ausbreitung der Macht Japans in Ostasien sehr ungern sieht. Das ist, obwohl man es in verschleierte Erklärungen in Abrede stellt, jedermann deutlich. „Das neue Japan“, so sagt der „New York American“ kürzlich, „erhebt sich unverhüllt und drohend im Rücken der Vereinigten Staaten“.

Die japanische Sphinx.

Der Züricher „Tagesanzeiger“ und mit ihm andere schweizerische Blätter betonen, es sei wohl möglich, daß die jetzt in Sibirien vordringenden Japaner sich plötzlich nach Süden wenden werden und dem Lande ihres geheimen Sehns, Indien, zustreben werden. Ein Feldzug Japans durch ganz Rußland gegen Deutschland ist angesichts der russischen Unordnung ein gewagtes Unternehmen und bedeutete eigentlich ein Babanque-Spiel der Entente, an welchem das schlaue Japan sich kaum beteiligen dürfte. Beachtenswert sei die auch verhältnismäßig anständige Behandlung der deutschen Staatsangehörigen durch die Japaner, was auch darauf schließen lassen könnte, daß Japans Feldzug in Sibirien nicht als Ziel, gegen Deutschland zu marschieren, habe. (g. R.)

Politische Rundschau.

Eine beachtenswerte englische Stimme.

Berlin, 7. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt

unter der Überschrift: „Eine englische Stimme“: Die „Daily News“ veröffentlichen eine bemerkenswerte Zuschrift des Lord Buxton, in der dieser die letzte Rede des Grafen Hertling als die wichtigste Äußerung eines deutschen Staatsmannes seit Kriegsausbruch bezeichnet. Diese Rede, zu einem Zeitpunkt gehalten, als Rußland überwunden zu Deutschlands Füßen liege, während an der Westfront die Ruhe vor dem Orkan herrsche, sei bei weitem die gemäßigteste, die bisher gehört worden sei. Sie enthalte keine verächtlichen oder ehrenrührigen Ausdrücke für England und seine Alliierten und bekundet ein mehr als oberflächliches Einverständnis mit Wilsons 4 Grundbedingungen für einen bleibenden Frieden, wobei Graf Hertling begreiflicherweise verlange, daß auch die Alliierten diese Bedingungen annehmen. Nicht so vertrauenswendend seien Graf Hertlings Ausführungen über Belgien. Zwar wiederhole er, daß Belgien nicht ein Bestandteil des Deutschen Reiches werden solle, mache aber den Vorbehalt, daß die künftige Lage Belgiens es nicht zur Basis feindlicher Machenschaften machen dürfe. Niemand in England habe je an derartiges gedacht, aber der Vorbehalt könne nur akzeptiert werden, wenn er mit der völligen politischen Wiederherstellung vereinbar sei. Graf Hertling bemerkt, daß Näheres bei einer Aussprache zu erfahren sei und es sei schwer einzusehen, warum dieser Vorschlag abgelehnt werden solle. Auch die Richtigkeit des Hinweises, daß eine Verständigung schwer durch öffentliche Reden zu erzielen sei, lasse sich nicht bestreiten. Man könne natürlich die ganze Äußerung als unaufrichtig und vertrauenswürdig hinstellen, aber wenn man jedes Angebot so behandle, werde der Frieden nie kommen. Keine schwerere Verantwortung liege auf den Staatsmännern als die, derartige Angebote unberücksichtigt und ungelesen zu lassen. Die Äußerung verdient nach Ton und Inhalt Beachtung. Es handelt sich zwar um eine vereinzelte Stimme, immerhin aber ist es erfreulich, ein vernünftiges Urteil zu verzeichnen, das dem Reichstanzler Gerechtigkeit widerfahren läßt und seinem Gedankengang ganz ohne Voreingenommenheit zu folgen sucht.

Die Dinge in Irland.

Berlin, 8. März. Holländische Reisende sollen berichten, daß sich in Liverpool außergewöhnliche Truppenansammlungen befinden, die, wie es heißt, nach Frankreich verschifft werden sollten, in Wirklichkeit aber bereit liegen, in Erwartung einer Revolution in Irland.

Unruhen in Kristiania.

Kristiania, 7. März. (W.B.) Rixaus Büro. Am Nachmittag und Abend fanden an verschiedenen Stellen der Stadt Unruhen statt, an denen sich der Mob beteiligte. Vorwiegend jugendliche Personen drangen in die Läden und Bäckereien ein, plünderten sie und zerstörten Vorräte. In der Karl-Johannstraße wurde ein großer Bäckerladen gestürmt. Die Polizisten nahmen mehrere Verhaftungen vor.

Der amerikanische Pferdebesitz.

Der U-Boot-Krieg hat Amerika gezwungen, die Ausfuhr auf solche Waren zu beschränken, welche die alliierten Regierungen anfordern. Gegen diese Maßnahme hat sich die französische Wirtschaftspresse mit dem Hinweis gewendet, daß damit der Rohstoffbezug insbesondere der für den Friedensbedarf arbeitenden französischen Industrie, schwer geschädigt wird. Die französische Presse läßt im übrigen in ihren Protestartikeln durchblicken, daß die amerikanische Maßnahme nicht nur durch die Frachtraumnot, sondern auch durch den Wunsch zu erklären sei, den französischen Wettbewerb zugunsten Amerikas zu schwächen.

Badischer Landtag.

B.L.C. Karlsruhe, 7. März. Das Haus setzte die Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern fort.

Abg. Kurz (Soz.): Als größten Feind betrachten die Landwirte heute den Kommunalverband. Die Kommunalverbände sind aber notwendig im Interesse des Durchhaltens. Ein großer Teil der Landwirte sträubt sich mit allen Mitteln gegen die Kriegsmahnahmen und zwar meistens diejenigen, die glauben, das Christentum in Erbpacht zu haben. (Abg. Schell: Das tun andere auch. Abg. Weiß: das tun sie nicht als Christen. Abg. Schofer: Schwindel. Der Präsident rügte diesen Ausdruck.) Den statistischen Aufnahmen stehen die Landwirte mit Mißtrauen gegenüber und mögeln dabei deshalb, weil sie glauben, es handle sich um Steuerzwecke. Für den Antrag Muser auf Streichung des Zuschusses an die Landwirtschaftskammer werden wir nicht stimmen, weil wir glauben, damit den kleinen Landwirten nicht zu nützen.

Abg. Morgenthaler (Ztr.) bezeichnete die Höchstpreise für Obstbranntweine als ungenügend. Der Redner protestierte gegen die Ausführungen des Abg. Kurz, daß die christlich gesinnten Landwirte in besonderem Maße gegen die Kriegsmahnahmen verstoßen.

Abg. Ziegelmaner (Ztr.) bestritt, daß Ueberschreitungen der Kriegsverordnungen durch Landwirte besonders häufig vorkämen.

Abg. Bitter (natl.): Die bäuerlichen Kreise befinden sich in Sorge, die russischen Gefangenen würden ihnen infolge des Friedensschlusses mit Rußland schon jetzt entzogen werden. Es wäre zu wünschen, wenn die Regierung eine beruhigende Erklärung abgeben könnte. Die Mißstände bezüglich der Preise der Milch- und Einlegefleischwaren drängen auf unbedingte Abhilfe. Dem Staatszuschuß für die Landwirtschaftskammer stimme ich zu. Die Mühlenkontrolle des Reiches wirkt oft verbitternd. Die Rindvieherhaltung sollte zwangsweise eingeführt und das Tuberkuloseheilungsverfahren ausgebaut werden. Der Kampf gegen die Schweinepest muß verstärkt werden. Die höchste Rente muß aus der Viehwirtschaft im Interesse unseres Volkes herausgeholt werden. Staatliche Mittel zur Anschaffung von Farnen, Errichtung von Tummelplätzen usw. sind zu fordern.

Abg. Sidler (natl.): Der Amtsvorstand von Sinsheim hat sich mit Erfolg bemüht, die Härten bei der Ausführung der Kriegsverordnungen abzuschwächen. Sehr zu begrüßen wäre es, wenn die Abfallstoffe, wie Kleie, baldmöglichst den Landwirten zugeführt würden. Nicht begriffen wird es, daß für die landwirtschaftlichen Produkte Höchstpreise bestehen, für die industriellen aber nicht. Die Erklärung des Ministers über den Ersatz der Arbeitskräfte hat bei den Landwirten beruhigt, trotzdem wäre es zu wünschen, wenn die unter der Fahne stehenden Landwirte ausreichend zur Saatzeit beurlaubt würden. In Bayern sind die älteren Jahrgänge zurückgezogen worden, dies sollte auch bei uns erfolgen. Die Forstkämter sollten den Gemeinden in ausreichendem Maße Laubstreuen zuweisen. Im Bezirke Sinsheim macht sich bei der Feldarbeit der Mangel an Schutzwert empfindlich geltend. An den Fortbildungsschulen sollte auf dem Lande landwirtschaftlicher Fachunterricht erteilt werden.

Abg. Spang (Ztr.): Es macht den Eindruck, als wolle man vom Norden her die süddeutsche Brennerei ruinieren. Den Antrag Muser auf Vertretung der Städte in der Landwirtschaftskammer lehnen wir ab, weil die Kammer eine Interessenvertretung der Landwirtschaft sein soll und wir schon genug Mandatsträger haben.

Abg. Muser (F. Vp.) zog seinen Antrag auf Streichung des Staatszuschusses an die Landwirtschaftskammer zurück.

Abg. Engelhardt (Ztr.) regte an, daß es den Landwirten, die infolge der Urlaubssperre ihren Urlaub nicht antreten konnten, es nachträglich zu ermöglichen, in Urlaub zu gehen.

Abg. Krauß (natl.): Ein Gegensatz zwischen Stadt und Land wäre vom Uebel, denn beide gehören zusammen. Die Regierung muß bestrebt sein, die Landwirtschaft, auch die des Odenwaldes, zu fördern. In der letzten Zeit wurden Schweine geschlachtet, bevor sie reif waren. Die Regierung sollte bestrebt sein, daß der durch solche Maßnahmen angerichtete Schaden nach Möglichkeit beschränkt wird.

Abg. Schirmeister (Ztr.): Die Ausführungen des Abg. Kurz sind zu bedauern, sie vertiefen die Gegensätze zwischen Stadt und Land. Abg. Strobel (Soz.): Mit seinen Ausführungen wollte Abg. Kurz nicht das Christentum, sondern die Heuchler treffen. Den Antrag Seibert auf Zulassung des Brennens der Rohkartoffeln lehnen wir ab. An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Abgg. Graf (Ztr.), Rösch (Soz.) und Weißhaupt (Ztr.). Abg. Hertle (R. V.): Im vorigen Jahre ist zu wenig Kupfervitriol verteilt worden. Dem Weinbau in der Schüpf- und Taubergengegend sollte mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden. Hierauf vertagte sich das Haus.

Aus Stadt und Land.

Stillingen, den 8. März 1918.

Die silberne badische Verdienstmedaille am Bande der Karl-Friedrich-Verdienstmedaille wurde dem Krankenträger August Karacher bei einer Sanitätskompanie im Felde verliehen. (Herr Karacher war Bauführer beim Neubau der hiesigen Kaserne, heutigen Reserve-Kazarett.)

In der Schöffengerichtssitzung am Donnerstag, den 7. März 1918 bei welcher mitgewirkt haben: Or. Oberamtsrichter Dr. Lingert als Vorsitzender, Fabrikant Dr. Hermann Buhl in Stillingen und Landwirt Gabriel Bauer in Burbach als Schöffen, Rechtspraktikant Klein als Vertreter der Or. Staatsanwaltschaft und Bärgehilfe Heiß als Gerichtsschreiber ergingen folgende Urteile:

1. Frau Altaga Laub von Moosbronn wegen Ueberschreitung der Obsthöchstpreise 95 M. Geldstrafe oder 19 Tage Gefängnis.

2. Luise F. Kroh ledig von Malsch wegen unerlaubten Verkehrs mit Kriegsgefangenen 2 1/2 Monate Gefängnis.

3. Karl Bürkle, Tagelöhner hier und dessen Ehefrau geb. Allergott wegen Widerstands, Körperverletzung, Gefangenenebstreiung, Beleidigung und Hausfriedensbruch, ersterer 2 Wochen Gefängnis und 2 Tage Haft, letztere 1 Woche Gefängnis und 2 Tage Haft.

4. J. der Privatklagegehe der Jakob Brisch Ehefrau hier gegen August Seemann Ehefrau hier wegen Beleidigung erhielt letztere eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen.

§§ Als Geschworene für die Schwurgerichtsperiode im 2. Vierteljahr wurden aus dem Bezirk Eßlingen ausgelost: Friedrich Meyer, Privatmann in Eßlingen, Florian Weber, Gemeinderat und Kaufmann und Mathäus Neu, Maurerpolier, beide in Mörsch.

Fürs Vaterland leben!

Belser Rosengers bekannte Betrachtungen: „Aus Heimgärtner's Tagebuch“ sind seit Jahren Vielen lieb und wert geworden. Kürzlich ist ein neuer Band erschienen (Staatmann-Leipzig). Daraus entnehmen wir folgende wertvolle Mahnung des steiermärkischen Poeten:

Vor einiger Zeit erschien in Norddeutschland eine Ansichtskarte mit dem Bilde des Theodor Körner-Denkmal. Darunter war mein Spruch gedruckt: „Die für das Vaterland starben, ehren wir am besten, wenn wir für das Vaterland leben.“

Ueber diese Worte gab es nun einiges Kopfschütteln hier und da. Fürs Vaterland leben, das sei nicht genug. Man müsse fürs Vaterland sterben. — Ich möchte es nun umgekehrt sagen: Für das Vaterland sterben ist nicht genug. Das wäre sehr einfach, wenn man bloß vor die Front zu gehen und sich niederschleichen zu lassen brauchte, um das Vaterland zu retten. Was hätte das Vaterland davon? Um einen seiner Söhne weniger. — Am vorteilhaftesten ist es ihm, wenn einer möglichst viele Feinde tötet und dann gesund heimkehrt. Des Mannes Heldentat besteht nicht darin, daß er stirbt, sondern daß er im Kampfe gegen den Feind keiner Gefahr achtet. Er wagt das Leben, verliert es vielleicht, aber besser ist's, er behält es.

Im Kriegslied klingt es so heldenmütig: sterben. Und es ist doch nur etwas Passives. Die Heldentat muß doch eine Tat sein.

Wer im Streite zum Schutze für das Vaterland sterben muß, wie jetzt alle unsere Gefallenen, götterhoch sind sie zu ehren. Aber: Fürs Vaterland leben! Das ist gewiß das Wichtigste. Und auch das Schwerste. Wie viele sind deren, die zur Friedenszeit ab all ihrem Tun und Lassen an die Allgemeinheit, an die Größe des Volkes, an das Gedeihen des Vaterlandes denken? Wo sind diese Helden? Wie werden sie gehalten? Werden sie von der Menge, von allen, die nur an ihren persönlichen Vorteil denken, nicht als unbehaglich empfunden, verpöndelt, ja bekämpft? Bleiben sie in ihrer Arbeit für das Ganze, für die höhere Wohlfahrt der Brüder nicht zumeist völlig allein?

Wenn wir mehr für das Vaterland leben würden, wäre es vielleicht seltener notwendig, fürs Vaterland zu sterben.

Aus Baden.

** Karlsruhe, 8. März. Der Großherzog hat gestern dem Kaiser einen Besuch im Großen Hauptquartier abgestattet und ist abends wieder hierher zurückgekehrt.

** Karlsruhe, 8. März. Von ungenannter Seite ist dem Gr. Staatsminister die Summe von 50000 Mk. in 5%igen deutschen Kriegsanleihen zur freien Verfügung zugegangen. Der Staatsminister hat den Betrag dem Verein „Bad. Heimatbund“ überwiesen.

** Pforzheim, 8. März. Hier wurden zwei „Wendeltage“ veranstaltet, um dem Mangel an Säuglingswäsche abzuwehren. Wie groß der Bedarf an Wäschestücken im allgemeinen ist, zeigte das günstige Ergebnis der Sammlung. Die Wäsche wird vom Frauendienst zweckmäßig verarbeitet.

Neues vom Tage.

Stuttgart, 7. März. (W.B.) Zwischen der Herzleitung und der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim sind Differenzen entstanden, die dazu führten, der Leitung der Firma vorläufig eine militärische Aufsicht beizugeben.

Ein neuer Brennstoff. Paris, 5. März. (W.B.) Havas. Die Fachzeitung „Auto“ meldet die Entdeckung eines neuen Brennstoffes, der w. d. Benzin, noch Gas, noch Spiritus enthält. Der erste Versuch damit fand gestern statt und hatte die gewünschten Ergebnisse. Ein mit 6 Personen besetzter Kraftwagen machte eine lange Fahrt in Paris und nahm die schwierigsten Steigungen ohne den geringsten Zwischenfall. Die Zeitschrift rühmt an dem neuen Brennstoff, daß er die Cylinder nicht verschmutze und keine Kohlenstoffe an den Windungen absetze. Der Verbrauch sei zweimal so gering als der von Benzin. Sein Geruch erinnere an den von Holzpfaster und sei weniger unangenehm als der von Benzin.

Dauernde Spionengefahr!
Meidet öffentliche Gespräche über militärische und wirtschaftliche Dinge.

Privatanzeigen.

Bau- u. Sparverein Eßlingen

e. G. m. b. H.

Am Samstag, den 16. März 1918, abends 7/9 Uhr findet im Gasthaus zur „Post“ (Nebenzimmer) unsere

ordentliche Generalversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

- 1) Geschäftsbericht, Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1917.
- 2) Berichterstattung über die gesetzliche Revision.
- 3) Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
- 4) Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
- 5) Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
- 6) Behandlung von Anträgen und Verschiedenes.

Anträge müssen bis zum 11. März beim Vorstand eingereicht werden. Die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung können ab heute im Geschäftszimmer des Vereins während der Büreaustunden eingesehen werden.

Eßlingen, den 7. März 1918.

Der Vorstand:

A. Ulfamer. Frz. Trautmann. Joh. Bögele.

Bekanntmachung.

Die Bestellung des Tabaks zur amtlichen Verwertung betr.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der in hiesiger Stadt etwa noch vorhandene Tabak bis spätestens 11. März 1918, vormittags 9 Uhr bei der Steuereinnahmestelle hier anzumelden ist, widrigenfalls unannäherlich die im Gesetze bestimmten Strafen ausgesprochen werden müßten.

Eßlingen, den 7. März 1918.

Bürgermeisteramt:

Huegel. Müller.

Stoddfisch-Verkauf.

Am Samstag, den 9. März, vormittags 8-10 Uhr werden in der städtischen Verkaufshalle im Rathaus frischgewässerte Stoddfische zum Preise von 1,45 Mk. für das Pfund verkauft.

Eßlingen, den 8. März 1918.

Bürgermeisteramt.

gegen Saatfäule und mit Genehmigung der zuständigen Stellen abgeleitet werden, dürfen beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Zentner nicht überfortritten werden:

für Saatzwiebeln:	18 M
für Stoddfische:	100 M
1. längliche und ovale:	80 M
Größe I unter 1 1/2 cm Durchmesser	60 M
Größe II 1 1/2 bis 2 cm Durchmesser	120 M
Größe III 2 bis 2 1/2 cm Durchmesser	100 M
2. platrunde (stübeuförmig):	80 M
Größe I unter 2 cm Durchmesser	
Größe II 2 bis 2 1/2 cm Durchmesser	
Größe III 2 1/2 bis 3 cm Durchmesser	

6. Diese Bekanntmachung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 25. Februar 1918.
Badische Gemüseverwaltung.

Der Kriegsausfluß für Mele & Zette, Berlin

Anbau-Verträge für Sommerfrüchte.

Für Sommerfrüchte, Leinbrot, Mohn und Senf werden außer den lohnenden Abnahmepreisen Flächenzulagen, für Senf außerdem eine Druckprämie gewährt. Der Bezug von Alimmoniat für Anbau wird vermittelt. Im Großherzogtum Baden kann, je nach der Gegend, der Anbau sowohl von Rüben und Mohn, als auch von Roter und Senf empfohlen werden.

Näheres über Abschluß der Anbauverträge und Bezug von Saatgut durch den unterzeichneten Kommissionsrat des Kriegsausflußes:

Getreidebüro in Mannheim,
Binnenhofstraße 9/10.

Die Rechnung der Genossenschaft der Wiesenseiter des Albis für das Jahr 1917 betr.

Nach der vom Genossenschaftsrechner Max Kitzmann in Burbach für das abgelaufene Jahr vorgelegten Rechnung meinten Kassenvorrat im Betrage von 32,64 Mk., die Ausgaben belaufen sich auf 6,60 Mk., so daß die Rechnung mit einem Kassenvorrat von 26,04 Mk. abschließt.

Wir machen dies mit dem Anfügen bekannt, daß während 14 Tagen die Rechnung zur Einsichtnahme seitens der Beteiligten auf diesseitiger Kanzlei aufliegt.

Eßlingen, den 26. Februar 1918.
Großh. Bezirksamt.

Bestimmungen zur Ausführung der Bekanntmachung der Reichsbehörde für Gemüse und Obst über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatanzwecken und deren Höchstpreise (Staatsanzeiger 1917 Nr. 888).

1. Saatarten für Saat-(Samen- und Steck-)Zwiebeln werden auf Antrag des Erwerbers nach Prüfung des Bedürfnisses erteilt. Die Ausstellung erfolgt für Händler durch die Geschäftsabteilung der Badischen Gemüseverwaltung in Mannheim, für Verbraucher durch den Konsumatverband. Der Konsumatverband hat der Geschäftsabteilung der Badischen Gemüseverwaltung monatlich mitzuteilen, wieviel Saatarten ausgesetzt worden sind und über welche Mengen von Saatzwiebeln.

2. Die Saatarten nach Art und Menge des Saatguts, Namen, Wohnort und Bezirk des zum Erwerb Berechtigten, sowie den Ort, wohin geliefert werden soll, sind, wenn das Saatgut mit der Bahn befördert werden soll, die Erzeuger anzugeben.

3. Der Erwerb von Saatgut hat die Saatart dem Verkäufer spätestens bei Lieferung des Saatguts anzugeben. Wird das Saatgut mit der Eisenbahn versandt, so hat sich der Verkäufer von der Verpackung auf der Saatart die erfolgreiche Anwendung unter Angabe der verpackenden Menge und des Orts beizugehen zu lassen, nach dem das Saatgut verpackt ist. Erfolgt die Verwendung nicht mit der Eisenbahn, so hat sich der Verkäufer auf der Saatart die Verpackung beizugehen zu lassen. Der Verkäufer hat die Saatart mit der von der Eisenbahnverwaltung ausgetheilten Bezeichnung über die Verwendung oder mit der Empfangsbezeichnung des Erwerbers unverzüglich der Geschäftsabteilung der Badischen Gemüseverwaltung in Mannheim einzuhändigen.

4. Die Erteilung der Abnahmegenehmigung wird der Geschäftsabteilung der Badischen Gemüseverwaltung in Mannheim übertragen. Die Verwaltungsabteilung der Badischen Gemüseverwaltung ist befugt, den Absatz von Saatzwiebeln zu beschränken oder zu unterlagen. Saatzwiebeln zu den höheren Preisen des Saatguts verkaufen soll, hat die Erteilung der Abnahmegenehmigung unter Angabe der verfügbaren Mengen und unter Beifügung eines Planes bei der Geschäftsabteilung der Badischen Gemüseverwaltung zu beantragen. Die letztere ist befugt, die Vorräte des Antragstellers beschlagnahmen zu lassen. Erst nach erfolgter Genehmigung durch die Geschäftsabteilung der Badischen Gemüseverwaltung darf der Antragsteller die ihm bezeichneter Mengen zu den höheren Preisen der Saatzwiebeln gegen Saatfäule verkaufen. In übrigen unterliegen alle Zwiebeln, Steckzwiebeln, den Erzeugerhöchstpreisen für gewöhnliche Zwiebeln.

5. Die Bestimmungen des § 1 Absatz 2 der Bekanntmachung der Reichsbehörde für Gemüse und Obst über Höchstpreise für Gemüse vom 5. September 1917 (Reichs-Anzeiger vom 6. September 1917), nach welcher Saatzwiebeln bis zum Gewicht von 3 Gramm für das Stück nicht unter die Höchstpreise für Zwiebeln fallen, wird aufgeschoben und statt dessen bestimmt: Soweit Saat- und Steckzwiebeln nach obigen Bestimmungen zu Saatanzwecken